

# Sächsische Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen



1913. Nr. 223.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 206.

**Wegzugspreis** für Halle und Querfurt 2,50 M., durch die Post bezogen 3 M., für das Vierteljahr. Die halbjährige Zeitung erscheint wöchentlich am Freitag. — **Wartungs-Belegungen:** Quotier (Halle), Freilichttheater, im Unterhaltungsbereich (Quotier), Bank, Wirtshaus, Quotier (Halle), Quotier (Halle), Quotier (Halle), Quotier (Halle), Quotier (Halle).

**Einzelgebühren** für die sechsblättrige Sonntagsbeilage oder deren Raum für Halle und den Quotier 20 Pfennig, außerhalb 30 Pfennig. — Bestellen am Schluß des redaktionellen Zeits bis zum 1. des Monats. — Anzeigenannahme bei der Expedition in Halle (Saale) und bei allen bekannten Annoncenexpeditionen.

**Erste Ausgabe**

**Freitag, 16. Mai 1913.**

**Geschäftsstelle** in Halle a. S.: Schulzei Straße Nr. 61/62.  
Telefon 8108; Nebentelefon 8110.  
Verantwortlich: Dr. Strasser-Heidberg, Halle (Saale).

**Geschäftsstelle** in Berlin: Bernburger Straße 30.  
Telefon Amt Kurztisch Nr. 6230.  
Druck und Verlag von Otto Ciesla, Halle (Saale).

### Nationalliberale, wacht auf!

Eine recht seltsame Wahlverammlung der „vereinigten“ Liberalen hat kürzlich in Wittenberg sich abgepielt. Dort widersprachen sich der freisinnige und der national-liberale Referent mit ungeschämter Deutlichkeit bezüglich der Forderungen ihrer Parteien zum preussischen Landtagswahlrecht. Der fortschrittliche Redner forderte entschieden die Uebertragung des Reichstagswahlrechtes auf Preußen, der nationalliberale Redner lehnte diese Forderung mit gleicher Entschiedenheit ab. Drauflos, als es in diesem Falle geschahen ist, kann wohl die ganze Widerständigkeit des freisinnig-nationalliberalen Wahlbündnisses selbst von seinen Gegnern nicht bezweifelt werden. Man denke: die Referenten zweier „verbündeten“ Parteien veranfaßten eine Verammlung, in der sie gemeinsam Wähler für ihre Parteien werben wollen, und dann geraten sie über eine der wichtigsten politischen Tagesfragen in heftigen Widerspruch! Das das geschehen mußte, ist bei Vertretern der beiden liberalen Richtungen nur natürlich.

#### Unnatürlich ist eben das Bündnis!

Es ist schon oft gesagt worden, muß aber immer wieder gesagt werden, daß Nationalliberale und Freisinnige nicht zusammengehören.

Von den Freisinnigen hat schon Fritz Bismarck gesagt, daß alles, was das Deutsche Reich groß gemacht hat, eine und gegen sie geschaffen ist. Er hielt die Fortschrittspartei für die gefährlichste und schrieb „alle Unruhe im Reich“ auf ihr Konto. Alle politischen Kurzschicksale, die der Freisinn im Laufe seiner Entwicklung bezogen hat, sind gar nicht auf einmal aufzusähen. Meer, Flotte und Kolonien hat er bis in unser Jahrhundert hinein aufs bestmögliche bekämpft. Alle Arbeiter-Zuständigkeiten hat er abgelehnt. Inwieweit nationale Diktatorienpolitik bekämpft er noch heute von der Höhe seines unverwundlichen Zoftrinarismus. Später aber, wenn sich eine Schöpfung anderer Parteien in der Praxis bewährt hat, dann brüstet sich der Freisinn in Wahlverammlungen mit der Tüchtigkeit dieser Einrichtungen, verdammt aber, daß er an ihrer Schaffung nicht teilgenommen hat. Er schmüht sich also mit fremden Federn. So geschieht es jetzt hauptsächlich mit den sozialen Fortschritten. Da der Freisinn die Partei des ewig nörgelnden Viehhirtenrums ist, so recht eigentlich die Partei der großrednerischen Vierbandpolitik, so stellt ihm jedes Verständnis für geschichtliche Größe. Fürst Bismarck, der größte deutsche Politiker der letzten Jahrhunderte, wurde von den Freisinnigen in seiner Größe nicht erkannt, solange er lebte. Er wurde von ihnen beschimpft und beschmäht, und einer von diesen Kleinen magte es sogar, dem Heros des deutschen Volkes im Reichstage ein „Wui!“ anzurufen. Nachher war er allerdings so feige, das zuzugestehen. Dieses politische Sündenregister gibt sicherlich kein schmeichelhaftes Bild von den „Fortschritten“, die systematisch jeden wirklichen Fortschritt in unserem Vaterlande bekämpft haben. Was es demgegenüber wirklich so stark, als in der netzigen freisinnigen Verammlung ein Diskussionsredner die Fortschrittliche Volkspartei als das „verkommenste“ politische Gebilde bezeichnete?

„Verkommen“ ist ja ein etwas kräftiger Ausdruck. Was aber die Fortschrittliche Volkspartei in dem jetzigen Wahlkampf allein in unserem Wahlkreise an unfauberen Kampf-mitteln gebraucht hat, dafür ist die Bezeichnung „verkommen“ eigentlich doch wieder nicht zu stark. Wir haben vor einigen Tagen nachgewiesen, daß die freisinnige „Saalezeitung“ für ihren Kandidaten De Liuz mit großen Unmohheiten gefochten hat, von denen sie wissen mußte, daß es Unmohheiten waren. Das schmutzigste Kampfmittel aber haben die vereinigten liberalen Parteien erst in den letzten Tagen gebraucht, indem sie in einem Flugblatt den freisinnigen Kandidaten, Herrn Fabrikbesitzer Weise, beschämt und gehässig anstößten, er habe früher den Freisinn unterstützt und habe sogar für ihn kandidieren wollen, woran natürlich kein wahres Wort ist.

#### Das Flugblatt trägt keine Namensunterschrift.

Es ist also aus feigem Hinterhalte geschleubert. Leider ist es unterzeichnet: die vereinigten liberalen Parteien.

Danach müßte man die Nationalliberalen für den Inhalt mit verantwortlich machen. Wir tun das jedoch nicht, sondern nehmen ohne weiteres an, daß die Nationalliberalen von ihrem fortschrittlichen Bundesbruder hintergangen worden sind. Immerhin wäre es gut, wenn von der Zeitung der Nationalliberalen Partei klar und deutlich erklärt würde, daß sie mit dem elenden Nachwerk nichts zu tun hat. Wir nehmen, wie gesagt, an, daß sich das so verhält, aber den nationalliberalen Wählern sollte dieses Verkommen und das in Wittenberg doch zum Bewußtsein bringen, in welche üble Bundesbrüderlichkeit die durch die Bündnisparole ihrer Parteileitung geführten werden sollen. Die nationalliberalen Wähler sollten gegen dieses Bündnis durch ihre Abstimmung am Freitag

#### sichbaren Protest

erheben! Die Nationalliberale Partei hat eine ehrenvolle Vergangenheit, und sie hat so gut wie nichts gemeinsam mit dem unfruchtbareren, überall fortjagenden Freisinn. In allen oben aufgeführten Gesetzgebungswerken, die der Freisinn abgelehnt hat, hat die Nationalliberale Partei positiv mitgearbeitet. Auch in den wichtigsten Fragen unserer Zeit geben Fortschrittler und Nationalliberale weit auseinander. Wir erwähnen nur nochmals die preussische Wahlrechtsfrage und die Schutzollpolitik des Reiches. Am deutlichsten aber zeigt sich der unüberbrückbare Unterschied beider Parteien

#### in ihrer Stellung zur Sozialdemokratie.

Die Nationalliberalen im Lande draußen sind ehrliche Gegner der Sozialdemokratie und erkennen in ihr den gefährlichsten Feind des Vaterlandes. Als im vorigen Jahre bei der Präsidentschaftswahl im Reichstage ein Teil der nationalliberalen Abgeordneten für Bebel und Scheidemann stimmte, ist dieses Verfahren von ihren Wählern überall im Lande als das schärfste getadelt worden, so daß über die gutvaterländische Stellung der nationalliberalen Wählererschaft kein Zweifel bleibt. Die nationalliberalen Wähler sollten aber auch jetzt selbstständig und gewissenhaft im Sinne der Ueberlieferungen ihrer Partei handeln und sollten der von ihrer Parteileitung ausgehenden Parole die Gefolgschaft verweigern. Sie sollten sich nicht stempeln lassen zu Bundesgenossen einer Partei, die bei der vorjährigen Reichstagswahl ein allgemeines Bündnis mit der Sozialdemokratie geschlossen und gehalten hat. Die Kampfenossen der vaterlandlosen Sozialdemokratie gehören auf keinen Fall an die Seite der Nationalliberalen! Dieses unnatürliche Bündnis zeitigt die wunderlichsten Früchte. So berührt es uns seltsam, daß wir unter dem liberalen Wahlauftritt die Unterschriften zweier Vorstandsmitglieder der hiesigen Handelskammer finden. Wir sind überzeugt, daß damit die überwiegende Mehrzahl der der Handelskammer angeschlossenen Industriellen und Kaufleuten nicht einverstanden ist. Die Sozialdemokratie ist der gefährlichste Feind der Industrie und des soliden Handels. Deshalb muß jeder Angehörige dieser beiden Stände einen Bundesgenossen und Förderer der Sozialdemokratie, wie es der Freisinn ist, unbedingt ablehnen, oder er schmeißt sich in das eigene Fleisch!

Für alle wirklich nationalliberalen Wähler heißt deshalb die Wahlparole nicht: mit dem Freisinn, sondern: **Los von der Fortschrittlichen Volkspartei! Mit den Parteien der Rechte gegen den Freisinn!**

### Wahlrecht und Steuerbewilligung.

Eine Studie über die Wechselwirkung beider von Wolfgang Eisenhart.

Als die Deutschen in die Verfassung des Norddeutschen Bundes und später des Deutschen Reiches das allgemeine, gleiche Wahlrecht einführen, haben sich nur Wenige die ganze Tragweite dieses Entschlusses klar gemacht. Regierung wie Reichstag bewegten sich in dieser schwerwiegendsten aller politischen Fragen mit einer uns heute unbegreifbaren Naivität. Wohl warnten einige verständige Stimmen, der Geschichtsschreiber von Sybel

insbesondere tadelt, daß man das höchste Recht verleihe, ohne nach Befähigung und Qualifikation zu fragen, und unfähigerweise den Gedanken der Freiheit mit dem der Gleichheit verwechselte. Der konservative Abgeordnete von Wolow-Sobendorff sprach das prophetische Wort, die Masse werde sich mit der hohen politischen Gleichheit nicht begnügen, vielmehr werde bald die Gleichheit aller in den Genüssen die Lösung werden (Jahrgang 1867).

Auch die uns heute so nahe scheinende Frage, ob dem rein demokratischen Reichstag nicht ein Gegengewicht in Gestalt eines Oberhauses gegenübergestellt werden müsse, fand so gut wie gar kein Verständnis. Nur der kluge Abgeordnete Windthorst lagte allzu richtig voraus, ohne ein solches Oberhaus müßte es mit Notwendigkeit zu einem „Anroll“ zwischen Monarchie und Demokratie kommen.

So kam jene Verfassung zustande, welche in die Hände der in ihrem Nationalgefühl und politischen Idealismus weit überhöhten Massen die Entscheidung über die deutsche Gesetzgebung legte, die in der Fürstentammer des Bundesrates für ein einziges Gegengewicht bat.

Ein Anrecht, welches die Entscheidung über die Besteuerung in die Hände der besthöhten Massen legt, muß dem ganzen Finanzwesen des Deutschen Reiches unbedingt einen

#### demokratischen Charakter

aufdrücken, d. h. es muß zu der Mißbilligung verleiten, die Entwicklung aller Steuern auf den Massenkonsum der Menge hinanzubauen und der Besitz der oberen Stände mit überproportionalen fiskalischen Steuern beständig zu bedrohen. Dies Wahrspruch muß logischerweise zu einem fortgesetzten Drängen nach immer stärkerer Besteuerung der großen Einnahmen und zu forsäufiger übertriebener Schonung der geringeren Einkünfte führen. In starker Progression steigende direkte Steuern und mögliche Besteuerung der indirekten wird immer der Selbstschädigung der Massen sein. Regt man durch die Verfassung die Macht in die Hände einer einzigen Klasse, wie es das Reichstagswahlrecht tatsächlich tut, welches die ungebildete und besthöhte Menge zum entscheidenden Faktor der Gesetzgebung macht, so müßte diese Klasse geradezu von einem übermenschlichen Gerechtigkeitssinn befehle sein, wenn sie den Besitz der ihr so bereitwillig übertragenen Macht nicht dazu benutzen sollte, die Steuererhebung in ihrem Interesse zu gestalten, die eigene Steuerkraft übertrieben zu schonen, die der besthöhten Klassen in eben so unfinnig übertriebener Weise anzuhäufen. Je mehr die Massen zum Selbstbewußtsein erwachen, je mehr die frivole sozialdemokratische Agitation sie gegen die Besthöhten aufweckt, um so mehr muß mit Notwendigkeit die Steuererhebung des Deutschen Reiches der Gefahr verfallen, in eine lediglich antipatrimoniale Wahn ergränzt zu werden. Man braucht nur die Entwicklung der Reichsfinanzen zu betrachten, um zu sehen, wie diese Gefahr immer drohender wird.

Gewiß haben die Massen das Recht nicht in der Hand. Vertrauen zu den oberen Ständen, kirchliche Einflüsse, das Schwerkrieg des kleineren ländlichen Weites haben die Gefahr des demokratischen Wahrspruchs noch nicht zur vollen Entwicklung kommen lassen. Trotzdem hat dessen Bestand jahrzehntelang genügt, die Entwicklung der deutschen Finanzen in eine solche latente Wahn zu drängen, denn es ist ja klar, daß die liberale Mißachtungnahme auf die breiten Wählermassen es verhindert hat, daß während fast vierzig Jahren die indirekten Steuern zu neuen genügend erschlossen wurden, die doch allein es ermöglichen, den Nebenbedürfnissen moderner Staaten zu begegnen. Statt dessen zog man es vor, die Matrifularbeiträge unfinnig anzuwachsen zu lassen, die ja allerdings in dem Steuerhystem der Einzelstaaten wesentlich von den Besitzenden aufgebracht werden. So wurde die Angst vor der besthöhten Masse das große Hindernis einer gelunden Finanzentwicklung.

Allerdings hat nun die letzte Finanzreform etwas Wandel geschaffen, aber freilich um welchen Preis! Um den Preis einer völligen Verwirrung und Verbeugung der deutschen Parteiverhältnisse. Und wer ist an dieser Verwirrung und Verbeugung schuldig? Im letzter Sinn ist das Reichstagswahlrecht, welches den deutschen Liberalismus dazu zwingt, fortgesetzt der Wehrlosigkeit und dem Enthusiasmus der Massen gerecht zu werden, fortgesetzt in demokratischen Parteien zu schließen, wenn anders er nicht durch die Kandidaten der Sozialdemokratie verdrängt werden will. Das allgemeine, gleiche Wahlrecht ist das Verhängnis und der Ruin des deutschen Liberalismus; es ist nicht an fortwährend, die Unmöglichkeit auszusprechen, an die er doch selbst nicht glauben kann, daß die wahre Gerechtigkeit bei den unteren Klassen und ihre Offenbarung in deren Wahlbestimmung zu suchen sei.

Schritt für Schritt drängt das allgemeine, gleiche Wahlrecht den deutschen Liberalismus ab von seiner früheren richtigeren, durchaus antidemokratischen Staatskunst, der wertigsten die

#### nationalliberale Partei

einst unbedingt buldige. Er wächst mit trauriger Konsequenz dank jenem Wahlrecht in die demütigende Rolle hinein, in immer härtere Abhängigkeit von den besthöhten

Wünschen der Menge zu geraten. Robin wird diese Entwicklung führen? Nur ein kleiner Teil verlässlicher Nationalistischer Begreif, daß es sich für sie um die besten Möglichkeiten zu einem festen Abwehrbündnis gegen den andrängenden demokratischen Strom auszuhalten, oder in das klassische Abhängigkeitsverhältnis zur Sozialdemokratie zu geraten, das sich bereits ankündigt in den von der Sozialdemokratie einer Anzahl nationalliberalen Abgeordneten aufgestellten

**Jenefer Stichwahlbedingungen** mit deren Verpflichtung, keine Steuern auf Gegenstände des Massenkonsums zu bewilligen, keine Ausnahmegebote und keine Lenkung des Reichsstaatswohlfahrt zu gestatten. Der größere Teil der Partei wird wohl leider in seinem blinden Glauben gegen die Konterposition lieber unter das kaudinliche Joch gehen und mit immer neuen Konzeptionen an die soziale Demokratie den Bestand seiner Partei und ihre Vertretung im deutschen Reichstage in einflussreicher Zahl sich zu sichern suchen.

So treten wir in ähnlichen Zuständen entgegen, wie wir sie heute in der Welt zu finden können. Die liberalen und sozialistischen Staatskonstitutionen sind immer mehr verfallen. Hat sich auch dort das ungeheure Heer der kleinen Später und Rentner bisher mit Entschlossenheit der gestrichelten Einkommensteuer widersetzt, so hat man doch in der Erbchaftsteuer und ihrer schrecklichen fiskalischen Steigerung auch dort seitens des Liberalismus der sozialen Demokratie Tribut zahlen zu müssen gelehrt. Die Wirkung dieser den nationalen Wohlstand geradezu bedrohenden Steuer schilbert der französische Andre Chéradame in seinem auch für uns höchst lehrreichen Buche „Die französische Krise“ (Paris 1912, Librairie Plon) folgendermaßen:

„Das schlimmste ist: Der Später selbst, diese unvergleichliche Kraft, von der das Ausmaß so großen Ruins nicht, in seiner Verantwortung, sondern in dem Später, der für eine andere Quelle als den Wunsch jedes Familienvaters, seine Kinder in einer besseren Situation zu hinterlassen, als die seine war? Nun, die schreckliche Entartung unserer fiskalischen Steuerpolitik muß dahin führen, den Später zu erlösen. Denn es ist zwar eine Sache, das Gemeine, aber nicht ihren Bedingungen und nicht in demselben Maße, der Defizit in unseren Budgets dadurch beseitigen zu wollen, daß man ohne Sinn und Verstand die Erbchaftsteuer besteuert. Wenn man auf diesem Wege beharrt, welches Interesse hat denn dann noch ein Familienvater zu sparen, da sich in dem Maße, in dem die Erbchaftsteuer zu vermindern, wenn er sich gegen sie wehrt, damit nur die Besteuerung unersetzlichen Staatsverfall, der zum Plünderer wird und keine Sorge für die Zukunft kennt? Ist es nicht ein schrecklicher Mißbrauch, Erbchaften in direkter Linie bis zu 10 Prozent zu besteuern und Erbchaften über den viersten Vermögensmaßstab hinaus gar bis zu 40 Prozent? Wie schreiet man denn nicht die Grenzen, wo die Besteuerung zur Konfiskation wird? Die Deputierten, welche diese enormen Steuern nur bewilligen, weil ihre Wahl selbst nichts anderes war als ein Verschandern des Wahlrechts an den Wahlberechtigten, gehen sich gewöhnlich nicht im geringsten Rechenschaft von dem, was sie tun. Wenn sie selbst zufällig in den Besitz einer Erbchaft gelangen, sind nicht die Erbchaften, denen man ihnen die Besteuerung verlangt, die sie selbst bewilligt haben, und deren entsetzliche Höhe sie mit Schreien erfüllt. Ein Vertreter sagte einmal zu einem französischen Deputierten, der sich über die Höhe der von ihm geforderten Erbchaftsteuer beklagte: „Aber Herr Abgeordneter, Sie haben ja den Willen, die Erbchaften nicht zu besteuern.“ „Was? Ich?“ erwiderte der Deputierte, „das ist nicht möglich.“ Der Wort zeigte dem Deputierten das offizielle Journal, welches erwies, daß in der Tat der Deputierte für Erhöhung der Erbchaftsteuer gestimmt hatte. Dieser war wie aus dem Wolken gefallen und hülfte sich in verlegenes Schamieren.“

Diese Anschuldigungen des geistvollen französischen Schriftstellers zeigen, wohin auch bei uns der Kurs zu gehen droht. Auch bei uns ist eine Entwicklung zu fürchten, welche dazu führt, daß die liberalen Parteien, um ihre Mandate sich zu sichern, immer von neuem bereit sein werden, der Demokratie der Wohlthäter Tribut zu zahlen, und man sieht hier, welchen großen Fehler man gemacht hat, als man es unterließ, dem demokratischen Reichstage ein Oberhaus als Vertreter des Volkes und der Bildung an die Seite zu setzen. Den Wohlthäter die Entscheidung über den Weg der wohlhabenderen Klassen einzuräumen, wie es das Reichsstaatswohlfahrt tut, ist

**ein logischer Widerspruch,** der durch kein demagogisches Geschrei, durch keine liberalen Bräuen aus der Welt zu schaffen ist. Das Reichsstaatswohlfahrt

recht, das die Entscheidung über den Gang des Staates in die Hände der Wohlthäter legt, hat eigentlich nur natürlichen Vorkauselung, daß alle Vermögenssteuer und direkten Steuern den einzelnen Landeskataster überlassen bleiben müssen und dem Reiche und seiner Erhebung entzogen sind. Will man das System direkter Reichssteuer ausgestalten, dann wäre logischerweise die notwendige Folge eine Veränderung der Reichsverfassung mit Einführung eines Oberhauses.

Als Fürst Bismarck, um dem deutschen Liberalismus entgegenzutreten, in den Vorschlag zur Verfassung des Norddeutschen Bundes das von der Frankfurter Nationalversammlung im Jahre 1849 angenommene allgemeine, gleiche Wahlrecht aufnahm, da war der große Staatsmann trotz allem doch der Ansicht, daß dies gefährliche demokratische Institut unbedingt durch gewisse Gegenkräfte zu entschärfen gemacht werden müsse. Als solche Gegenkräfte dachte er die förmliche Wahl, die Diktatorien, besonders Einkommen- und Vermögenssteuer, die in Einkäufeln. Später sagte er, als er die staatserbende Macht der sozialdemokratischen Agitation erkannte, noch ein sozialistisches Gesetz zur Abwehr der revolutionären Agitation hinzu. So erst erschien ihm das Reichsstaatswohlfahrt ungeschicklich.

Leider hat dann Fürst Bismarck selbst schon sich die heimliche Wahl bringen lassen. Die anderen Kataster aber hielt er fest. Seine Nachfolger aber verloren immer mehr alles Gefühl von der Gefährlichkeit des demokratischen, in unsere monarchischen Verhältnisse eigentlich nicht hineinpassenden Institutes des bestehenden Reichsstaatswohlfahrt, und haben eine jener Kataster nach der anderen beseitigt.

Man braucht kein großer Prophet zu sein, um vorauszusagen, daß sich dies noch einmal bitter rächen wird. Und allem ergibt sich, daß es heute wohl zweckmäßig sein kann, die Voten für die neue Verabredung der Wohlthäter auszugeben, daß aber der Reichsfinanzminister von Weismann Solenne Recht hat, wenn er dagegen protestiert, daß dieser Versuch sich dauernd einbürgern möchte.

## Nach dem Kriege.

Vor Vusajir und Schatalbcha werden die Kanonen nicht mehr losgehen; der Balkankrieg ist nun wirklich zu Ende, und bereits steht eine gemischte Kommission türkischer und bulgarischer Offiziere die Grenzlinie zwischen Gnos und Midia vorläufig ab. Die Lieferungsverträge über den Krieg beginnen im Buchhandel zu erscheinen, man sieht den Türken Geld, die Vermögensgegenstände der Rebellen kommen wieder in den Woborus: es ist also kein Zweifel mehr daran möglich, daß die Balkanepiöde abgeschlossen ist und alles erneut ins alte Geleise kommt. Bis die militärischen Lehren dieses Feldzuges ausgeschlachtet werden können, wird es freilich noch eine geraume Zeit dauern, aber das politische Material liegt so weit bereits vor, daß man sein Urteil fällen kann.

Im vorigen Herbst gehörten wir zu den wenigen, die an dieser Stelle der Ansicht Ausdruck gaben, daß das türkische Heer nichts leisten werde. Eine Armee, deren Offiziere insbesondere Politiker seien und von einer Partei in ihre Stellungen entlaubt wurden, statt vom obersten Kriegsherrn, eine Armee, in der ein General den Sultan zur Abdankung zwingen und ein Oberleutnant den Kriegsminister erschießen, eine Armee, in der die Hauptleute ihren Soldaten Vorträge über Parlamentswahlen hielten, statt mit ihnen im Feldbestien zu exerzieren und den Munitionsnachschub schon im Frieden zu regeln, könne nicht siegen. Aus dieser Ueberzeugung heraus haben wir auch Erwer Besz Buch, von dem andere Publizisten eine Beurteilung des Krieges erwarteten, für bedeutungslos erklärt und diesem „türkischen Napoleon“ die Zukunft abgeprochen. Es kam einem leid tun um die Türken, aber die Wahrheit, für die sie jetzt haben Lebragd zahlen müssen, bleibt uns als Gewinn: einer nur darf Herr sein in der Erde, und das Vaterland, der Staat geht zu Grunde.

wenn die Armee zum „Volksheer“ im Sinne demokratischer Politik wird. Gerade in unseren Tagen, wo in Deutschland von neuem gepredigt wird, ein solches Heer — womöglich mit gewählten statt ernannten Offizieren — tue uns not, wird der Hinweis auf den Balkankrieg fast sein. Die Türken hatten die besten Waffen, die besten Instrukturen, den größten Mut, die größte Entschlossenheit, aber es half alles nichts, denn, vor der Politik angegriffen, hatten sie kein Heer mehr, sondern eine Sordre, kein Offizierskorps, sondern ein Konventikel.

Eine zweite Lehre, noch wertvoller fast, ergibt sich aus der Geschichte des Verhaltens der Mächte während des Krieges, der „Schmachte“, solange sie lediglich in diplomatischen Verhandlungen ihren Wunsch und Willen zum Ausdruck zu bringen suchten. Unter österreichischer Verbündeter mußte Schritt vor Schritt zurückweichen und bevor die Früchte jahrzehntelanger Arbeit am Balkan. Erst in dem Augenblick, in dem 100 000 Mann an der dalmatinischen Küste aufmarschierten und an der Bereitschaft der Wiener Regierung zu sofortigem Losschlag nicht mehr zu zweifeln war, wandte sich das Blatt, er erklärte der Dreierbund in höchster Not nach das Mindestmaß dessen, was von der Neuregelung erwartet konnte, — und gleichzeitig war auch die europäische „Entpannung“ da. Solange nur geredet wurde, war die Kriegsgefahr groß; sobald aber gehandelt wurde, verflohen die Wolken. Der deutsche Reichskanzler hat einst einem Reichsstaatsgeordneten unmutig ausgerufen, man solle „das Schwert nicht im Munde führen“, aber weit schlimmer ist es, immer nur den Frieden als Selbstzweck zu betonen und niemals zu zeigen, daß man zum Kriege bereit ist. Dagegen ist der Entschluß, nötigenfalls loszuschlagen, oft schon so viel wert wie das Losschlagen selbst. In dem österreichisch-russischen Duell hat schließlich mit knapper Not unter Verbündeter die Oberhand behalten, weil er kühner und die geprievne Diplomatenkunst aufgab und — losmarschierte. Hätten wir in gewissen Lebenslagen ähnlich gehandelt, so wäre vermutlich die Welt heute anders verteilt, und es lägen uns nicht in allen Erbteilen Franzosen und Engländer vor der Nase.

Wir erhalten noch folgende Meldungen:  
**Die Abstraktionen in Oesterreich-Ungarn.**  
Wie die Wiener Blätter melden, bestahte sich der geistreiche österreichische Minister auch mit der Frage der Herabsetzung der Effektivebestände an der Südgrenze. Es verlannt, der Weisheit des Ministeriums geht dahin, daß die Reservisten im Verhältnis der fortgeführten Entminderung der politischen Lage auf dem Balkan allmählich entlassen werden sollen. Man glaubt, daß die Verurlaubung der Reservisten in allernächster Zeit beginnen werde, hauptsächlich beruhtigen, deren Lage besondere Berücksichtigung verdient.  
**Bulgarien und die Türkei.**  
Kant amtlicher Mitteilung aus Konstantinopel ist die Einstellung der Feindseligkeiten mit Bulgarien bis zum 28. Mai ausgedehnt worden.

**Montenegriner ziehen auf Maliforen.**  
Das „Neue Wiener Tagblatt“ meldet aus Sutari vom 13. d. M., daß die Maliforen heute abend vom Bardanaol besahten in Sutari einziehen wollten, fassen die Montenegriner auf. Die Maliforen widerstand.  
**Die englisch-türkische Verhandlung.**  
Nach Mitteilungen aus glaubwürdiger Konstantinopeler Quelle sind die Grundlagen der englisch-türkischen Verhandlung in der Angelegenheit des Verfalls des Meerbusens folgende:  
Die türkische Regierung erkennt das britische Protektorat über Asovet an und bewilligt gegebenenfalls das Recht, eine

## Kunst und Wissenschaft.

### Stadttheater.

**„Heimat“ von Hermann Sudermann.**  
Wie unsere besten Bühnenkünstler vereinigen sich selten zu einem Stückspiel. Man hat dazu das Sudermannsche Effektivität die „Heimat“ gewählt. Es läßt sich nicht gerade behaupten, daß man damit zum Schluß eine literarische Tat vollbracht habe. Sudermann ist kein Schauspielmeister, sondern ein Theaterkritiker. — In der „Heimat“ läßt er zwei Weltanschauungen, die der patriarchalischen, sittenstrenge Auffassung des Lebens und die des freistehenden Individualismus, aufeinanderprallen, und mit dem Kampf möglichst klar vor Augen zu führen, baut er die ganze Handlung lediglich auf Bühneneffekten auf, karikiert und überreizt mitunter in fast abstrakter Weise. Die Natur der Wanda, für die er umgeben sein will, ist er mit jenen höchsten und rohen Momenten aus, daß man sich nur sehr schwer auf ihre Seite stellen kann; und aus dem ehrwürdigen Patriarchen, dem Oberleutnant, macht er einen vorberenterten Menschen, daß man auch für ihn kein Interesse findet und in ihm jedenfalls kein ungeschwächtes Interesse beruhtigen. Die Natur der Wanda, für die er umgeben sein will, ist er mit jenen höchsten und rohen Momenten aus, daß man sich nur sehr schwer auf ihre Seite stellen kann; und aus dem ehrwürdigen Patriarchen, dem Oberleutnant, macht er einen vorberenterten Menschen, daß man auch für ihn kein Interesse findet und in ihm jedenfalls kein ungeschwächtes Interesse beruhtigen. Wenn man uns dann als Vertreter dieser wissenschaftlichen Auffassung einen so ausgemachten Trüffel hinstellt, so kann man das nur belächeln.

Was das Sudermannsche Modell? Gutes bietet, liegt lediglich auf dem schaukellerischen Gebiet. Deshalb spielt auch die Wanda eine charakterliche oder hervorragenden Künstlerinnen zu sein. Wenn Frau Elena Scherzer und zum Beispiel noch einmal ihre ganze Kunst zu zeigen beabsichtigt, so kommt sie von diesem Gesangs- und Tanzstücke keine Gelegenheit benutzen. Der Bühneneffekt wegen bietet die Rolle sozialpsychologische Momente und Aufgaben, die lediglich durch eine oblique Beschreibung des Stoffes, durch Routine und vollendete Technik gelöst werden können. Dann alle dieser künstlerischen

Eigenschaften gab Frau Elena Scherzer eine brillante Wanda. Nur hätte ich gewünscht, daß sie im Augenblick, als der Oberleutnant die Wanda auf sie sieht, der Wanda nicht gar so sehr den Stempel ebendieser Persönlichkeit aufdrückt.

Neben dieser „Bombenrolle“ verleiht die Rolle der Marie, welche Frau Wanda Osera spielt, vollkommen. Infolge dessen blieb dieser Künstlerin nicht viel Gelegenheit, ihre Können noch einmal zu zeigen. Die Spielweise hausbackene Köchlechen, zu gut es eben die Rolle ausfüllt. Geringfügig ist Herr Waune. Sein Lieutenant Marz ist ein etwas sehr klaffe Figur. Dies lag aber keineswegs an seinem Spiel, sondern an der Rolle. Er selbst bemühte sich mit Geschick und Erfolg, diesem farblosen Menschen wenigstens einige Bedeutung zu verleihen.

Anderer Herr Hans Hofel? Für ihn stellte die Rolle des Barzere's Offendring eine ganze Menge Aufgaben. Es ist nicht leicht, bei dieser Rolle den richtigen Ton zu treffen, wurde der Barzere die ihm zukommende höhere Rolle des Scherzartikels. Angelehnt jeder Leistung können wir es nur bedauern, daß uns Herr Hofel verläßt. Wir wünschen allen drei Künstlerinnen weitere Erfolge in ihrem neuen Wirkungskreis.

Herr Albert Friedrich spielte den verachteten Oberleutnant Schwarz, so wie er gespielt werden mußte, wenn er beschreiben wollte, daß die Persönlichkeit gar zu dümmert. Er gab ihnen ein wenig mehr, als sie verdienen, mit, so daß man wenigstens ein wenig Mitleid für diese vom Dichter übertriebene Rolle aufbringen konnte. In Sprache und Darstellung war Herr Friedrich einwandfrei.

Herr Herr Walter Fabenbach war die Rolle des Regierungsrates von Keller eine außerordentlich feines Rollen liegende Aufgabe. Wir konnten aber mit Freude bemerken, daß Herr Fabenbach in jeder Beziehung das Beste leistet und seine Aufgabe gewandt und künstlerisch bewerkstelligt läßt.  
Besondere Erwähnung verdienen Grete Höder als Gattin des Oberleutnants und Marie Wanda als deren Schwester Franziska. Frau Höder spielte allerdings die Auguste gar zu pießbürgerlich.

Die übrigen Rollen wirkten abtorn. Dies liegt jedoch lediglich an den Verfassern, nicht dagegen an den Darstellern, deren redliche Mühe wir durchaus anerkennen wollen.  
Dr. Straffer-Reidegg.

### Nachrichten aus dem Kunstleben.

**Goethe-Theater in Lauchfeld.**  
Die Weininger Hofschaukeller, die aus Anlaß des Deutschen Bühnenfestivals im Göttinger Stadttheater die Aufführung des fünfaktigen Dramas „Katharina von Medici“ von Herbert Fuchs hielt. Es ist nach einer Kennzeichnung der „N. N.“ ein unbedeutendes Anhängen in dem üblichen Jambenstil, hilflos im Gehalt, das dramatische Handlung. Es ist nicht mehr als eine dramatische Skizze, banaler höchstens in den Hauptrollen, worin die Berliner Hofschaukeller: Frau Fuchs, Frau Fuchs, Frau Fuchs. Sie beschwanden ihre Kunst an ein überflüssiges Werk und an gänzlich unzulängliche Mittel.

Neuer Streit wegen des Sängermittelamtes. Nicht geringes Aufsehen erregt in den reichsweitverbreiteten Sängerkreisen die Mitteilung der „Niederrheinischen Volkszeitung“, wonach Mitglieder des Söfener Lehrergesangsvereins verurteilt, daß der Verein im Vorjahre vom Sängermittelamt gebeten worden sei, am Sängermittelamt teilzunehmen. Als man auf den hohen unterstützt wurde, wurde Angelehnt der starken geistlichen Belastung der am Mittelreife teilnehmenden Vereine, besonders der Arbeitervereine, beabsichtigen die niederrheinischen Sängerkreise von der Regierung Aufforderung darüber zu fordern, ob die Mitteilungen des genannten Blattes zutreffen.



# Zur Steuer der Wahrheit!

Von den vereinigten liberalen Parteien wird in einem anonymen Flugblatt die Nachricht verbreitet,

1. daß ich noch im Jahre 1912 die Liberalen gegen die Freikonservativen unterstützt hätte und
2. daß ich damals bei der Reichstagswahl nicht über Lust verspürt hätte, mich als liberalen Reichstagskandidaten aufstellen zu lassen, der Vorstand des fortschrittlichen Vereins hätte aber auf meine Kandidatur verzichtet.

Demgegenüber erkläre ich, daß ich den Liberalen zur Reichstagswahl deshalb meine finanzielle Beihilfe habe angebeihen lassen, weil sie Gegner der Sozialdemokratie waren. Darin lag keinerlei Spitze gegen den freikonservativen Kandidaten Herrn Berggrat Schrader, dessen Kandidatur ich finanziell auch unterstützt habe.

Es ist eine unschöne Kampfweise, eine erhaltene Unterstützung durch Verdrehung gegen den Geber auszubenten.

Was die zweite Behauptung betrifft, so ist in der Person des Herrn Dr. Schönlicht die freisinnige Volkspartei lange vor der letzten Reichstagswahl an mich öfter herangetreten, um mich dringend zu bitten, eine Kandidatur für die sämtlichen bürgerlichen Parteien anzunehmen.

Ich habe das Ansuchen wiederholt abgelehnt und haben die Herren von ihrer Bitte auch schließlich Abstand genommen.

Es ist das doch eine vollständige Verdrehung der Tatsachen, wenn sie die Angelegenheit jetzt so darstellen, als ob ich die Anregung einer Kandidatur von mir gegeben hätte.

Ich bitte meine Mitbürger in Halle und Saalkreis, dies zu beachten.

## R. Ernst Weise.

### 5% Chinesische Reorganisations-Staatsanleihe in Gold v. 1913

im Nennbetrage von  
 Mark 511 250 000 = £ Sterling 25 000 000 = Francs 631 250 000  
 = Rubel 236 750 000 = Yen 244 900 000

Rückzahlbar zum Nennwerte vermittelt 37 gleicher Annuitäten, beginnend mit dem 1. Juli 1924, und mit dem Rechte für die Chinesische Regierung, den noch ausstehenden Anteilbetrag ganz oder teilweise mit vorheriger sechsmonatiger Kündigung vom 1. Juli 1930 ab vorzeitig zurück-zuzahlen. Vorzeitige Rückzahlung geschieht bis zum 1. Juli 1945 einschließlich zum Kurse von 102½%, später zum Nennwerte. Kapital und Zinsen sicher gestellt durch Verpfändung der Gesamteinkünfte des Chinesischen Salzmonopols, soweit sie nicht durch frühere Verpfändungen in Anspruch genommen werden, und durch die überschüssenden Einkünfte der Chinesischen Seezollverwaltung.

Frei von allen gegenwärtigen und zukünftigen chinesischen Steuern und Abgaben.

Auf Grund der veröffentlichten Bekanntmachung wird der in Deutschland zur Emission gelangende Anteil von nom. M. 122 700 000 zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt am

**Mittwoch, dem 21. Mai 1913,**

und zwar	bei der
in Berlin	Deutsch-Asiatischen Bank,
	Bank für Handel und Industrie,
	Berliner Handelsbank,
	dem Bankhause S. Bleichröder,
Hamburg	der Deutschen Bank,
	Direction der Disconto-Gesellschaft,
	Dresdner Bank,
	dem Bankhause Mendelssohn & Co.,
	der Nationalbank für Deutschland,
	dem A. Schnaafhausen'schen Bankverein,
	der Deutsch-Asiatischen Bank,
	dem Bankhause L. Behrens & Söhne,
	der Norddeutschen Bank in Hamburg,
	dem A. Schnaafhausen'schen Filiale Hamburg,
Frankfurt a. M.	der Deutschen Bank Filiale Frankfurt,
	Direction der Disconto-Gesellschaft,
	Dresdner Bank in Frankfurt a. M.,
	Filiale der Bank für Handel und Industrie,
Bremen	Bremer Bank, Filiale der Dresdner Bank,
	Deutschen Bank Filiale Bremen,
Köln	Direction der Disconto-Gesellschaft,
	dem Bankhause Sal. Oppenheim Jr. & Cie.,
München	A. Schnaafhausen'schen Bankverein,
	der Deutschen Hypothek- und Wechsel-Bank,
	Bank für Handel und Industrie Filiale München,
	Deutschen Bank Filiale München,
	Dresdner Bank Filiale München

während der bei jeder Stelle üblichen Geschäftsstunden, jedoch vorbehaltlich eines früheren Schlasses der Zeichnungen, unter Benutzung des hier beigefügten Zeichnungsscheines zu nachstehenden Bedingungen:

1. Der Zeichnungspreis beträgt 90%, zuzüglich 5% Stückzinsen vom 21. Mai d. J. bis zum Tage der Abnahme. Der Zeichner hat den Stempel der Zuteilungsschlussnote zur Hälfte zu tragen.
2. Bei der Zeichnung ist eine Kautions von 5% des gezeichneten Nennbetrages in bar oder in solchen Effekten zu hinterlegen, die die Zeichnungsstelle als zulässig erachtet wird. Die Zuteilung, welche so bald als möglich nach Schluss der Zeichnungen durch schriftliche Benachrichtigung an die Zeichner erfolgt, unterliegt dem freien Ermessen jeder einzelnen Zeichnungsstelle. Im Falle die Zuteilung weniger als die Anmeldung beträgt, wird die überschüssende Kautions unverzüglich zurückgegeben.
3. Die Abnahme der Stücke hat in runden Beträgen derart zu erfolgen, dass
 

25% der zuteilten Nennbeträge	am 7. Juni d. J.,
25% "	spätestens " 3. Juli " "
40% "	" 5. August " "

 abzurechnen sind. Den Zeichnern steht indessen das Recht zu, bereits vom 7. Juni d. J. an die zuteilten Beträge voll abzunehmen.
4. Bis zum Erscheinen der definitiven Stücke werden die unterzeichneten Bank auf Inhaber lautende, mit deutschem Stempel versehene Interimsscheine ausgegeben. Diese Interimsscheine werden s. Z. gemäß näherer Bekanntmachung in Original-Schuldverschreibungen kostenfrei umgetauscht werden. Die Zulassung des in Deutschland emittierten Anteils an den Börsen von Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. wird beantragt werden. Berlin, im Mai 1913.

Deutsch-Asiatische Bank. (5780)

Patentanwalt Eyck, Leipzigstr. 55. Halle a. S. Tel. 3457.

Auskunfts-Büro Max Schlimmelpennig, 9, m. b. S., Reichstr.-Bldg., behördl. u. Schriftl. Bescheidstr. 54.

## Rennen zu Leipzig

Sonntag, den 18. Mai, nachmittags 3 Uhr:

**6 Rennen - Geldpreise 24 200 Mk.**

u. a. Lipsia (Jagdrennen, Herrenreiten)

Silberner Schild und 6500 Mk.

Öffentlicher Totalisator auf dem Sattelplatze, neben der Haupttribüne und auf dem Damm.

Wettanträge für den Totalisator zu Leipzig werden in der Wettannahmestelle Leipzig, Barfußgässchen 8, I an den Tagen vor den Rennen von 10-1 und 3½-5 Uhr, am Renntage selbst von 11-1 Uhr entgegengenommen. - Adresse für telegraphische Geldsendungen: Wettannahme Leipzig, Barfußgässchen 8. (Mindestsatz: Sieg 5 M., Platz 10 M.)

## Seefische tadellos frisch.

Auch bei 30 Grad Hitze

Seelachs ohne Kopf	.....	Stück	17
Kabeljau ohne Kopf	.....	Stück	19
Goldbarsch mit Kopf	.....	Stück	22
Ghewtsch ohne Kopf	33	Stück	22
Gr. Scholle	60	Stück	33
Knurrhahn	28	Stück	60
Angelfisch, Notungen, Heilbutt, Flußaander	95	Stück	120

Täglich frische Räucherwaren.  
 Ba. geräucherte Bismale, Stück 60, 70, 80, jetzt besonders feint und sarr. (5890)

„Nordsee“ Deutschlands grösster Seefischhandel. Telefon 3783 und 1275.

## Nöschnerode im Harz b. Wernigerode.

Luftkurort und Sommerfrische, vom Walde umgeben. Prospekte, Karte und Wohnung durch die Kurverwaltung. (5891)



Weltaudewannen von 18.00 Mk. an. Praktisch, passend für alle Bäder. Billiger Preis. Volksbadewannen in allen Preislagen, auch mit Gasheizung. Sitz-, Rumpf-, Fuss- und Kinderbadewannen. Ed. Eder nur Spiegelstr. 12 Nr. 13.

## Feinste Zerbfiter Kernmodersteife.

empf. Carl Boock, Breitestr. 1

## Modernste Brautseide

Charmeuse, Damassé, Crêpe de Chine, Messaline, Eolienne (Wolle mit Seide).



## Modernste Blusenstoffe

in bulgarischem u. türkisch. Geschm., Bluse 4,-, 6,-, 7,- bis 20,- M.

Reste, ¼, ½, 1 Meter, extra billig. (5890)

## Neuheiten in Lyoner Foulard- u. Bast-Seide.

Halbstarke Kostüm- u. Blusenstoffe.

## Schw. Kostüm-Seide

Meter 2.25 M. Garantie-Stoffe Meter von 2.50 M. an. Kasse Hoben. 9, 10, 11, 12 Meter, ganz besonders preiswert. Blusen-Reste, Schürzen-Reste, Kl. Seiden-Reste für Schleifen, Binder, Pompadours.

Seidenhaus Georg Schwarzenberger, Mitgl. d. Rab.-Spar-Ver. Halle a. S., Gr. Steinstr. 88.

Gedenktage.

18. Mai. Der Dichter Friedrich Rückert geboren. 1848. Der französische Schauspieler Ernest Alexandre Coquelin geboren. 1859. Die Kaiserin Frieda Wittke geboren. 1896. Der Kaiser Friedrich Wilhelm geboren. 1903. Schweden bezieht auf das verfallene Bismar.

Tageschronik aus dem Jahre 1813.

16. Mai. Fünfjährige Unterredung Napoleons mit dem kaiserlichen Gesandten, General v. Bubna, in Dresden. Die österreichischen Forderungen: Aufhebung des Großherzogtums Warschau, Rückgabe der übrigen Provinzen an Österreich, Verzicht Frankreichs auf die rechtsrheinischen Departements und auf das Protektorat über den Rheinbund, lehnt Napoleon größtenteils ab, erklärt sich aber zu Unterhandlungen bereit.

Zagesspruch: Das innere Gefühlsleben ist der schönste Schmuck der besten Frauen, ihre erste germanische Pflicht der Natur gegenüber dem fremden Land. B. d. H.

Eine Wählerversammlung,

einberufen von der Reichs- und freikonserverativen Partei und gut besucht, legte gestern Mittwochs im „Evangelischen Vereinshaus“ viele Mitglieder der freikonserverativen Partei, auch Anhänger der Nationalliberalen waren ebenfalls zugegen. Die Versammlung nahm gegen den Schluss hin einen zum Teil freimüthigen Verlauf, veranlaßt durch den Oberlehrer Herrn Dr. Bohmenschick, der seinen jugendnationalliberalen Eifer und Eifer in ganz lebhaften, aber von den Kathoden nicht besonders unterstützten Ausführungen betätigte. Die freikonserverative Partei hatte in Herrn Dr. Sebin-Werlin einen ausgezeichneten Redner gewonnen, der seine Aufgabe, die Reichs- und freikonserverative Partei entgegenzuführen, glänzend löste.

Herr Universitätsprofessor Dr. Sebin begrüßte die Versammlung im Namen der Ortsgruppe Halle der Reichs- und freikonserverativen Partei. Er wies hin auf die Entstehung der Ortsgruppe und gab dann dem Bundesrat, was die freikonserverative Partei mit der deutschkonservativen Partei einigt. Beide Parteien sind einzig in dem Grundgedanken, sichhalten an dem, was sich als richtig und gut erweist, sei es bei der Lauffache Ausübung, daß man sich dem Fortschritt, wo es berechtigt ist, nicht verschließt, wie auch die rechtsrheinischen Konservative mit der Zeit gegangen sind. Einig sind beide Parteien auch in der Stellung zum Throne. Hieran schloß sich ein hoch auf den Kaiser.

Weiter führte Herr Prof. Dr. Sebin aus, daß Herr Schriftführer Weisse, der von den Freikonserverativen als Landtagskandidat aufgestellt worden ist, ein bedeutender Vertreter der Industrie ist, der, aus landwirtschaftlicher Familie stammend, auch die Rolle der Landwirtschaft kennt und der weiler ein Herz für die Arbeiter und die kleinen Gewerbetreibenden und Kaufleute hat. Weiser erklärte der Rede den Umstand, daß nicht alle Nationalliberalen mit der Haltung der nationalliberalen Partei in den letzten Jahren einverstanden sind, und diese gelte es, der freikonserverativen Landtagskandidatur Zustimmung zu machen. In den Händen des Redners lagen viele Zettelchen, in denen aus den Reihen der Liberalen, selbst von rechtsinniger Seite, gegen die Kandidatur Delius Front gemacht wird. Arbeiter, die sich von den Ausführungen in der „Saalezeitung“ haben umkehren lassen, seien durch die Ausführungen von konservativer Seite zu einer anderen Auffassung von der Sachlage gekommen. Ferner behauptet der Redner die innerpolitischen Fragen, die abweichende Haltung der Freikonserverativen gegenüber der konservativen Seite, gegen die Sozialdemokratie, gegen die scharf und klar Stellung genommen werden müsse, gegen das Wahlrecht usw. Er hoffe aber, daß die Nationalliberalen sich auf ihre alte Vergangenheit wieder berufen werden, denn man wolle mit den Nationalliberalen in Frieden leben. An Bezug auf die rechtsrheinische Partei sei zu bemerken, daß deren Kandidat, Herr Schmidt, der Bestehen gegen die Mittelpartei näher stünde als die Freikonserverativen. Die soziale Frage habe ihre Ausgestaltung nicht durch die linksrheinischen Parteien erfahren, sondern durch die Konservativen. Der Redner schloß mit der Aufforderung, daß die Wähler sich befinden und so handeln möchten, daß nicht die Freikonserverativen und durch diese die ihnen zur Linken Hand angetragene Sozialdemokratie siegen.

Herr Dr. Sebin-Werlin hielt sodann einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über:

„Die Ziele der Reichs- und freikonserverativen Partei und die Landtagswahlen.“

Er schilderte die außerordentliche Entwicklung des deutschen Reiches hinsichtlich seiner Bevölkerung, seinen wirtschaftlichen, seinen großartigen sozialen Fortschritt. Wir haben hier eine Entwicklung vor uns, für die wir dankbar sind, die wir weiter fördern und die wir fördern wollen. Unser Staat sei ein Sozialstaat geworden, wie er früher nicht mehr hat. Man spreche nicht über unsere Mängel, sondern über die Vorteile, die wir ausgeben können. Wie falsch das ist, bewies der Vortragsgegenstand einer Reihe von Ziffern, von denen wir die anzuführen wollen, daß innerhalb eines bestimmten Zeitraumes in Deutschland für die öffentliche Vermahlung 6200 Millionen ausgegeben worden sind. Davon fielen 18 v. H. auf die Ausgaben für Herr und Frau, 2 v. H. auf die für die Gehälter der Beamten und ausnahmslosen Bezeichnungen, 4 v. H. für die Wittwenpflanze, aber 48 v. H., also gegen 3000 Millionen, auf die Ausgaben für die innere Vermahlung und das Mühlungsweesen. Man wolle in der Sozialpolitik nicht hilteln. Aber leider ist man lange Zeit zu achlos darübergegangenen an den schmerzlichen Sorgen anderer Stände, insbesondere des selbständigen Mittelstandes, und es sei ein Hauptmangel der rechtsrheinischen Parteien, daß sie sich zu allererst auf die Deutung des Mittelstandes befamen haben. Weiter wendete sich der Redner gegen die Angriffe auf unsere Steuerpolitik, die den deutschen Steuerzahler gegenüber dem Steuerzahler im Ausland wesentlich geringer belastet. Über diese Steuerpolitik habe auch ihre Gedankenstellen. Die Zusammenfassung des Reiches bringe es mit sich, daß der einzelne Steuerzahler hier und dort, in der einen und anderen Lage zu stark belastet wird, während reiche Leute in anderen Orten zu gering herangeholt werden. In einer Reihe von Einzelheiten wies er das nach. Es müsse auch auf

einen Ausgleich in der Verteilung der Volksschulaffen hingewirkt werden und noch manches zu erfüllen. Es müsse auch die Möglichkeit des Aufstiegs für die Gebieten geschaffen werden. Diese Dinge lassen sich durchzuführen viel besser in einer starken, geistigen Monarchie als in einem demokratischen Staat. Darum müssen wir eine starke Monarchie haben mit einem aufgestellten, wohlwollenden Beamtenstand. Für die Bevölkerung ist es in erster Linie wichtig, daß die Reformen nicht abgelehnt gegen große Reformen verhängender Art, um die Befähigung zum Leben zu machen gegen weitere Angriffe. In der Wahlrechtsfrage sollen die Stimmen gezogen und nicht nur gewählt werden. Das Wahlrecht hat groß und fast ausschließlich geübt. Die Freikonserverativen sind in der Wahlrechtsfrage sehr feilhalten an dem Dreiklassenwahlrecht. Die Gegner wollen die Freikonserverativen, um damit es aus seiner Stellung im Deutschen Reich zu verdrängen. Das müsse verdrängt werden.

Schließlich nahm der Vortragende noch Stellung zur Frage einer

Einigang zwischen deutschkonservativer und freikonserverativer Partei

und zur Frage dessen, was beide trennt. Die Freikonserverativen seien weniger liberal als die Konservativen in der Betonung der Wahrung besserer wirtschaftlicher und Schulverhältnisse, in der Betonung Preußens als Spitze des Deutschen Reiches, ebenso scharf gegen die weitere Demokratisierung des Staates, sie seien einig in der Betonung der Autorität gegenüber der Majorität. Aber sie seien verschieden von den deutschkonservativen Partei in ihrer Stellung zu den kirchlichen Fragen in engerer Sinne und in Schärfer. Man sei der Auffassung, daß nicht die Stellung zu den kirchlichen Fragen auslagengebend sein soll für die Zugehörigkeit zu einer Partei. Die Freikonserverativen erziehen die Aufzucht der geistlichen Schulaufsicht und die Einführung der Pachtverhältnisse. Und wenn die Freikonserverativen eine gewisse, während der Parteikämpfe der politischen Lage als die rechtsrheinischen Konservativen. Man soll sich keines Besseres freuen und sprechen: Dies ist unser, und so sprechen und sagt es seit uns halten! (Beifall)

Manneher nahm Herr Schriftführer Weisse das Wort, wobei er sich zunächst gegen die Angriffe in einem anonymen Flugblatt der vereinigten liberalen Parteien in der letzten Nummer der Zeitung getan hat. Er habe die Kandidatur übernommen, weil sich ein anderer seiner Partei nicht habe dazu verstehen wollen. Ihm käme es darauf an, daß die Landtagswahlen der Sozialdemokratie nicht zuzugewendet. Dazu würde es aber führen, wenn die Freikonserverativen das wählten, das Wahlrecht in Preußen einzuführen würde. Letztere Bürgerrechte würde an einer geringen Unzufriedenheit, er aber halte es für seine Pflicht, zu erklären, wir müssen an diesem so herzlich aufzubauenden Staat feilhalten, und deshalb habe er sich auch mit seiner Partei seiner Partei für die Landtagswahlen zur Verfügung gestellt, unbeeinträchtigt der Angriffe, die man gegen ihn gerichtet hat und noch richten werde. Der Vorleser bezeichnete diese Kampfbotschaft, wie sie gegen den Kandidaten befehrt worden ist, als schief.

In der Ausprache wandte sich ein Herr Otto, der erklärte, keiner Partei angehörend, gegen die Weisungen der Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen. Der Fortschritt in unserer Entschlossenheit sei nur durch ein hartes Bistum zum möglich gewesen. Die rechtsrheinische Sozialdemokratie sei die Frucht der Sozialdemokratie, sie sei die verkommenste Partei in jeder Beziehung. Sie schaffe das Wasser auf die Mühlen der Sozialdemokratie. Ein deutscher Mann mit warmem Herzen und ruhendem Gewissen könne eine fortschreitende Kandidatur nicht wählen, sondern nur die konservativen Kandidaten. Herr Dr. Bohmenschick, ein Jungmann konservativer, wies diese Angriffe und den Vortragsgegenstand als unbillig an und die Angriffe gegen Herrn Weisse. Was die Nationalliberalen mit den Freikonserverativen einigt, sei der Begriff „liberal“ und weil die Freikonserverativen national geworden seien. Dagegen erlosch er unter hartem Widerspruch gegen die konservativen Partei den Vorwurf, daß sie dem Zentrum mehr nachgäbe, als dem Vaterland zuzugänglich wäre. Weiter kam er wieder auf die Sprungfrage des Wahlmehles zu reden und machte den Konservativen die üblichen Vorwürfe, die Konservativen, die freilich nicht dazu zu bewegen sind, der liberalen Weltanschauung zum Siege zu verhelfen. Das heutige preussische Abgeordnetenhaus habe so horrenden Ungehörigkeiten, daß sie beseitigt werden müßten. Für deren Beseitigung seien aber die Konservativen nicht zu haben. Für die alte Stellung der Nationalliberalen in den Parteikämpfen beharrte sich der Redner. Man nehme die Sätze, wo man sie finde. (Zurufe: Sozialdemokratie!) Herr Dr. Sebin führte auf Grund der Ausführungen des Vorredners aus, daß die Nationalliberalen und Freikonserverativen nach ihren Zäten ein und dasselbe seien. Der Freikämpfer ist heute in ein viel engeres Bündnis zur Sozialdemokratie getreten als zu früheren Zeiten. Freikonserverativen die Freikonserverativen, Nationalliberalen und Sozialdemokratie, Freikonserverativen haben sich auf der Bremer Konferenz als deutsche Abgeordnete bezeichnet, und das nach den Vorgängen in Reich und Provinz. Sei das nationalliberal? (Stimmrührer Weisse.) Sehr gefascht nahm der Redner für Herrn v. Dendebandt Partei, den Herr Dr. Bohmenschick als einen Freund der Aufhebung des Wahlmehles bezeichnet hat. Weiter wies der Redner sehr wirksam auch die anderen Angriffe des Herrn Dr. Bohmenschick auf die Haltung namentlich der freikonserverativen Partei in Steuerfragen und insbesondere bei der Reichsfinanzreform zurück. Für radikale Forderungen des Wahlrechts seien die Freikonserverativen nicht, weil jene Forderungen geeignet sind, die Grundlagen des preussischen Landes zu erschüttern.

Herr Prof. Dr. Sebin wandte in dem Gegenstand die Bemängelungen des Herrn Dr. Bohmenschick, daß er sich gefreut habe über die Fülle von Tatsachen, die Herr Dr. Sebin vorgeführt habe. Aber die Nationalliberalen haben den Wald vor lauter Büumen nicht. Ein Unterschied zwischen den Freikonserverativen und den deutschkonservativen besteht nicht darin, daß die rechtsrheinischen Konservativen nicht ebenso heftigensfreudig in die Zukunft sehen wie die Freikonserverativen. Weiter wies sich Redner gegen den Vorwurf Dr. Bohmenschicks, daß Konservativen und Zentrum zusammengingen. Wer habe denn den Zentrals

mann-Grüberger eingebracht, wer sei den Reichstagen bei den Verfassungsüberlegungen zusammengegangen? Nationalliberaler und Zentrum. In weit mehr Fällen sind Liberale mit Zentrum zusammengegangen als die Konservativen mit dem Zentrum, die wie ein Mann gegen die Aufhebung des Wahlmehles gestimmt haben, während die Freikonserverativen zum Teil dafür gestimmt haben, die Haltung der Konservativen wurden von Herrn Prof. Dr. Sebin landkräftig und wichtig, zum Teil unter jüdischer Beihilfe, zurückgewiesen. Die tatsächliche Bedeutung der Finanzreform beruhe darin, daß mit ihrem Zustandekommen das Deutsche Reich zum zweiten Male gegründet worden ist. (Zustimmung.) Und in Bezug auf die Reform des Wahlrechts sei zu sagen, daß alle Faktoren darin übereinstimmen müssen, wenn ein Gesetz zustande kommen solle. Die Freikonserverativen seien aber nicht zustande gekommen. Das Königswort sei eingetroffen worden, die Regierung habe ihre Schuldigkeit getan. Herr Prof. Dr. Sebin führte aus, daß er das Verhalten der konservativen Partei bei der Finanzreform für eine nationale Sünde erklären wolle. Und er bemängelte weiter die Haltung des Bundes der Landwirte, der eingebracht sei in die Kreise der Nationalliberalen in Hannover, wobei die konservativen Landräte den Nationalliberalen in den Rücken gefallen wären. Die Nationalliberalen hätten die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf die Landtagswahlen. Die Umfassung des Volksschulengesetzes würde Redner für einen großen Fehler halten. Herr Dr. Bohmenschick vermügte noch vier bis in der Rede des Vortragenden Dr. Sebin eine bestimmte, klare Stellung zu den entscheidenden innerpolitischen Fragen. Er schloß mit dem Hinweis, daß die konservativen Parteien darauf Anspruch erheben, allein national zu sein. Auch hatte er auf der Schriftleiter der Halleschen Zeitung allerlei auszusprechen. Herr Rentner Seiffert kam auf die Vorgänge bei der Finanzreform zu sprechen. deren Zustandekommen ein außerordentliches Verdienst des Reiches sei. Die Übertragung des Reichstagswahlrechts könnte doch mit den Freikonserverativen nicht zusammengehen, denn sie trennten sich in der Ohnmachtspolitik, in der Stellung gegen das Wahlrecht und in so vielen anderen Fragen. Wer ein hartes Preußen wolle, das der Welt des Reiches ist, der könne sich nicht auf solche Experimente wie die Übertragung des Wahlrechts einlassen, sondern der müsse die konservativen Kandidaten wählen. Herr Größ erklärte sich gegen das Verhalten des Hansabundes, der für die Kandidatur des Herrn Delius eingetreten sei. Bei den Nationalliberalen vermügte man heute das Nationale, wie sich bei der Haltung der Nationalliberalen gegenüber dem Gesehe zum Scheitern der Arbeitungen gezeigt habe. Herr Prof. Dr. Sebin wandte in diesem Zusammenhang die Ausführungen des Herrn Dr. Bohmenschick zurück durch eine drastische Abweisung des Anspruchs der Nationalliberalen, daß sie eine organische Fortsetzung des preussischen Wahlrechts wöllten. Ferner gab er eine kurze, klare Feststellung des Begriffs „konservativ“. In seinem Schlußwort sagte Herr Dr. Sebin im zusammenfassenden, daß die Freikonserverativen der Nationalliberalen gegen sich kennzeichnen, nachdem die Stellung seiner Partei zu den allgemeinen politischen Fragen und forderte auf, für die Kandidatur des Herrn Weisse einzutreten. Herr Professor Dr. Sebin, der übrigens die Art der Kennzeichnung der fortschrittlichen Volkspartei durch Herrn Weisse zurückgewiesen hatte, sprach auch noch ein kräftig Wort zum Gunsten des Kandidaten.

Landtagskandidaten Mangel und Weisse

von dem wir hoffen wollen, daß der morgige Freitag die gewünschte Erfüllung findet.

Der Hergang bei der preussischen Landtagswahl.

Die preussische Landtagswahl vollzieht sich nicht so einfach wie die Reichstagswahl. Während bei letzterer der hundertbedeutige Wähler einfach zur Wahl geht und seinen zusammengefaßten Zettel abgibt (direkte Wahl mit allgemeiner Abstimmung), zerfällt die preussische Landtagswahl in zwei verschiedene Wahlabschnitte, nämlich 1. in die Wahlmännerwahlen, 2. in die Abgeordnetenwahlen. Die Wahlmänner werden von den Wahlmännern in Wahlbezirken, die Wahlmänner von den Urwählern in Urwahlbezirken gewählt. Über selbständige Bezüge, welcher das 24. (bei der Reichstagswahl das 25.) Lebensjahr vollendet und den Wohlbeh der bürgerlichen Rechte folgende rechtskräftigen richterlichen Erkenntnissen nicht verfallen hat, in der Gemeinde, in welcher er seit sechs Monaten seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat, hundertbedeutiger Urwähler, sofern er nicht aus öffentlichen Mitteln Armenunterstützung erhält. Die Urwähler werden nach Maßgabe der von ihnen zu entrichtenden direkten Staats-, Gemeindefiscal-, Regier-, Real-, Regiments- und Realwahlen in drei Abteilungen geteilt und zwar in der Art, daß auf jede Abteilung ein Drittel der Gesamtsumme der Steuerbeiträge aller Urwähler fällt. (Für jede nicht zur Staatsincommunitätsverpflichtung Verworfen ist andere Steuer ein Betrag von drei Mark in Ansatz zu bringen.) Die Urwähler, auf welche das dritte Drittel der Gesamtsumme aller Steuern entfällt, bilden die erste, diejenigen auf welche das zweite Drittel entfällt, die zweite, die übrigen — (natürlich weitest ausmeilen Urwähler) — die dritte Abteilung. Wichtig ist, daß der hundertbedeutige Urwähler sich auch vergrößert, ob er in die Urwahlbezirke, die nach örtlicher Bekanntmachung drei Tage lang öffentlich ausgestellt werden muß, eingetragen und mit seinem ausstehenden Steuerbeiträge richtig veranlagt ist, denn nach der Höhe der Steuer, die er zahlend in der Wahlbezirk in einer der drei Urwahlbezirke eingetragenen bestimmt. Ferner muß der Wähler wissen, zu welchem Urwahlbezirke er gehört. Die Bestimmungen hierüber sind folgende: Kein Urwahlbezirk darf weniger als 750 und mehr als 1740 Seelen umfassen. Gemeinden von weniger als 750 Seelen können nicht zu einer Gemeinde gehörende benachbarte Ortsteile werden. Landrat mit einer oder mehreren benachbarten Gemeinden zu einem Urwahlbezirk vereinigt, während Gemeinden von 1750 oder mehr als 1750 Seelen von der Gemeinde-Verwaltungsbehörde in mehrere Urwahlbezirke geteilt werden.

Landtagskandidaten Mangel und Weisse

von dem wir hoffen wollen, daß der morgige Freitag die gewünschte Erfüllung findet.

Der Hergang bei der preussischen Landtagswahl.

Die preussische Landtagswahl vollzieht sich nicht so einfach wie die Reichstagswahl. Während bei letzterer der hundertbedeutige Wähler einfach zur Wahl geht und seinen zusammengefaßten Zettel abgibt (direkte Wahl mit allgemeiner Abstimmung), zerfällt die preussische Landtagswahl in zwei verschiedene Wahlabschnitte, nämlich 1. in die Wahlmännerwahlen, 2. in die Abgeordnetenwahlen. Die Wahlmänner werden von den Wahlmännern in Wahlbezirken, die Wahlmänner von den Urwählern in Urwahlbezirken gewählt. Über selbständige Bezüge, welcher das 24. (bei der Reichstagswahl das 25.) Lebensjahr vollendet und den Wohlbeh der bürgerlichen Rechte folgende rechtskräftigen richterlichen Erkenntnissen nicht verfallen hat, in der Gemeinde, in welcher er seit sechs Monaten seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat, hundertbedeutiger Urwähler, sofern er nicht aus öffentlichen Mitteln Armenunterstützung erhält. Die Urwähler werden nach Maßgabe der von ihnen zu entrichtenden direkten Staats-, Gemeindefiscal-, Regier-, Real-, Regiments- und Realwahlen in drei Abteilungen geteilt und zwar in der Art, daß auf jede Abteilung ein Drittel der Gesamtsumme der Steuerbeiträge aller Urwähler fällt. (Für jede nicht zur Staatsincommunitätsverpflichtung Verworfen ist andere Steuer ein Betrag von drei Mark in Ansatz zu bringen.) Die Urwähler, auf welche das dritte Drittel der Gesamtsumme aller Steuern entfällt, bilden die erste, diejenigen auf welche das zweite Drittel entfällt, die zweite, die übrigen — (natürlich weitest ausmeilen Urwähler) — die dritte Abteilung. Wichtig ist, daß der hundertbedeutige Urwähler sich auch vergrößert, ob er in die Urwahlbezirke, die nach örtlicher Bekanntmachung drei Tage lang öffentlich ausgestellt werden muß, eingetragen und mit seinem ausstehenden Steuerbeiträge richtig veranlagt ist, denn nach der Höhe der Steuer, die er zahlend in der Wahlbezirk in einer der drei Urwahlbezirke eingetragenen bestimmt. Ferner muß der Wähler wissen, zu welchem Urwahlbezirke er gehört. Die Bestimmungen hierüber sind folgende: Kein Urwahlbezirk darf weniger als 750 und mehr als 1740 Seelen umfassen. Gemeinden von weniger als 750 Seelen können nicht zu einer Gemeinde gehörende benachbarte Ortsteile werden. Landrat mit einer oder mehreren benachbarten Gemeinden zu einem Urwahlbezirk vereinigt, während Gemeinden von 1750 oder mehr als 1750 Seelen von der Gemeinde-Verwaltungsbehörde in mehrere Urwahlbezirke geteilt werden.

Landtagskandidaten Mangel und Weisse

von dem wir hoffen wollen, daß der morgige Freitag die gewünschte Erfüllung findet.

Der Hergang bei der preussischen Landtagswahl.

Die preussische Landtagswahl vollzieht sich nicht so einfach wie die Reichstagswahl. Während bei letzterer der hundertbedeutige Wähler einfach zur Wahl geht und seinen zusammengefaßten Zettel abgibt (direkte Wahl mit allgemeiner Abstimmung), zerfällt die preussische Landtagswahl in zwei verschiedene Wahlabschnitte, nämlich 1. in die Wahlmännerwahlen, 2. in die Abgeordnetenwahlen. Die Wahlmänner werden von den Wahlmännern in Wahlbezirken, die Wahlmänner von den Urwählern in Urwahlbezirken gewählt. Über selbständige Bezüge, welcher das 24. (bei der Reichstagswahl das 25.) Lebensjahr vollendet und den Wohlbeh der bürgerlichen Rechte folgende rechtskräftigen richterlichen Erkenntnissen nicht verfallen hat, in der Gemeinde, in welcher er seit sechs Monaten seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat, hundertbedeutiger Urwähler, sofern er nicht aus öffentlichen Mitteln Armenunterstützung erhält. Die Urwähler werden nach Maßgabe der von ihnen zu entrichtenden direkten Staats-, Gemeindefiscal-, Regier-, Real-, Regiments- und Realwahlen in drei Abteilungen geteilt und zwar in der Art, daß auf jede Abteilung ein Drittel der Gesamtsumme der Steuerbeiträge aller Urwähler fällt. (Für jede nicht zur Staatsincommunitätsverpflichtung Verworfen ist andere Steuer ein Betrag von drei Mark in Ansatz zu bringen.) Die Urwähler, auf welche das dritte Drittel der Gesamtsumme aller Steuern entfällt, bilden die erste, diejenigen auf welche das zweite Drittel entfällt, die zweite, die übrigen — (natürlich weitest ausmeilen Urwähler) — die dritte Abteilung. Wichtig ist, daß der hundertbedeutige Urwähler sich auch vergrößert, ob er in die Urwahlbezirke, die nach örtlicher Bekanntmachung drei Tage lang öffentlich ausgestellt werden muß, eingetragen und mit seinem ausstehenden Steuerbeiträge richtig veranlagt ist, denn nach der Höhe der Steuer, die er zahlend in der Wahlbezirk in einer der drei Urwahlbezirke eingetragenen bestimmt. Ferner muß der Wähler wissen, zu welchem Urwahlbezirke er gehört. Die Bestimmungen hierüber sind folgende: Kein Urwahlbezirk darf weniger als 750 und mehr als 1740 Seelen umfassen. Gemeinden von weniger als 750 Seelen können nicht zu einer Gemeinde gehörende benachbarte Ortsteile werden. Landrat mit einer oder mehreren benachbarten Gemeinden zu einem Urwahlbezirk vereinigt, während Gemeinden von 1750 oder mehr als 1750 Seelen von der Gemeinde-Verwaltungsbehörde in mehrere Urwahlbezirke geteilt werden.

Landtagskandidaten Mangel und Weisse

von dem wir hoffen wollen, daß der morgige Freitag die gewünschte Erfüllung findet.

Der Hergang bei der preussischen Landtagswahl.

Die preussische Landtagswahl vollzieht sich nicht so einfach wie die Reichstagswahl. Während bei letzterer der hundertbedeutige Wähler einfach zur Wahl geht und seinen zusammengefaßten Zettel abgibt (direkte Wahl mit allgemeiner Abstimmung), zerfällt die preussische Landtagswahl in zwei verschiedene Wahlabschnitte, nämlich 1. in die Wahlmännerwahlen, 2. in die Abgeordnetenwahlen. Die Wahlmänner werden von den Wahlmännern in Wahlbezirken, die Wahlmänner von den Urwählern in Urwahlbezirken gewählt. Über selbständige Bezüge, welcher das 24. (bei der Reichstagswahl das 25.) Lebensjahr vollendet und den Wohlbeh der bürgerlichen Rechte folgende rechtskräftigen richterlichen Erkenntnissen nicht verfallen hat, in der Gemeinde, in welcher er seit sechs Monaten seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat, hundertbedeutiger Urwähler, sofern er nicht aus öffentlichen Mitteln Armenunterstützung erhält. Die Urwähler werden nach Maßgabe der von ihnen zu entrichtenden direkten Staats-, Gemeindefiscal-, Regier-, Real-, Regiments- und Realwahlen in drei Abteilungen geteilt und zwar in der Art, daß auf jede Abteilung ein Drittel der Gesamtsumme der Steuerbeiträge aller Urwähler fällt. (Für jede nicht zur Staatsincommunitätsverpflichtung Verworfen ist andere Steuer ein Betrag von drei Mark in Ansatz zu bringen.) Die Urwähler, auf welche das dritte Drittel der Gesamtsumme aller Steuern entfällt, bilden die erste, diejenigen auf welche das zweite Drittel entfällt, die zweite, die übrigen — (natürlich weitest ausmeilen Urwähler) — die dritte Abteilung. Wichtig ist, daß der hundertbedeutige Urwähler sich auch vergrößert, ob er in die Urwahlbezirke, die nach örtlicher Bekanntmachung drei Tage lang öffentlich ausgestellt werden muß, eingetragen und mit seinem ausstehenden Steuerbeiträge richtig veranlagt ist, denn nach der Höhe der Steuer, die er zahlend in der Wahlbezirk in einer der drei Urwahlbezirke eingetragenen bestimmt. Ferner muß der Wähler wissen, zu welchem Urwahlbezirke er gehört. Die Bestimmungen hierüber sind folgende: Kein Urwahlbezirk darf weniger als 750 und mehr als 1740 Seelen umfassen. Gemeinden von weniger als 750 Seelen können nicht zu einer Gemeinde gehörende benachbarte Ortsteile werden. Landrat mit einer oder mehreren benachbarten Gemeinden zu einem Urwahlbezirk vereinigt, während Gemeinden von 1750 oder mehr als 1750 Seelen von der Gemeinde-Verwaltungsbehörde in mehrere Urwahlbezirke geteilt werden.

Sunlicht Seife bildet einen vollkommenen Ersatz für die Rasenbleiche und macht schädliche Zulaufen und scharfe Waschmittel überflüssig. Blütenweisse Reinheit und köstliche Frische der Wäsche entzücken die Herzen aller Hausfrauen, welche nur allein Sunlicht Seife verwenden. Man weise Nachmachungen zurück.



Berliner Fondsbörsen.

Zu den die Börse bedrückenden Geld- und Konjunktursorgen... Berlin 15. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Zages-Warftberichte.

L. Hamburg, 14. Mai. Tägliche auswärtige Offerten in Wert für 1000 kg ausbleibend. Braudt, Gold u. Speien.

L. Weltmarkt.

Berlin, 14. Mai. Tägliche Börsennotierungen auf den Weltmarkt in W.F. für 1000 kg ausbleibend.

Letzte Draht- und Fernsprech-Nachrichten.

Das Große Los! Berlin, 15. Mai. Das Große Los der Preussisch-Schleidenischen Maschinenlotterie im Betrage von 500 000 Mark fiel in der heutigen Vormittagsziehung auf Nr. 227 705.

Weitere Gewinne: 150 000 Mark auf Nr. 20 540; 5000 Mark auf Nr. 63 971, 65 590, 98 517, 215 625; 3000 Mark auf Nr. 436, 1626, 13 519, 18 266, 19 297, 32 589, 38 775, 38 294, 42 047, 49 388, 49 743, 52 279, 65 387, 69 055, 81 860, 86 775, 90 441, 108 192, 117 307, 117 910, 119 165, 136 794, 145 918, 163 478, 164 740, 169 855, 169 916, 178 641, 193 652, 195 546, 203 222, 206 618, 215 924, 219 942, 221 515, 224 343, 227 035.

Zu der schweren Katastrophe auf Torpedoboot „S. 148“. Vernaub, 15. Mai. Nach einem den Eltern des auf dem Torpedoboot „S. 148“ verunglückten Ingenieurs R u e d e m a n n zugegangenen amtlichen Telegramm ist dieser seinen Verletzungen erlegen.

Prinz-Geinrich-Nachricht.

Karlruhe, 15. Mai. Leutnant v. Beauvais ist heute früh 8 Uhr 2 Min. gelandet. Oberleutnant L ä u f e r t ist aus Stragburg hier angekommen.

Karlruhe, 15. Mai. Leutnant Freiherr v. G a l l e r wird mit einem neuen Apparat von München hierher kommen, um an den Aufklärungsübungen teilzunehmen. Ingenieur S u m e l a d ist ebenfalls aus der Konkurrenz ausgeschieden. — Prinz Geinrich von Preußen ist gestern abend 11 Uhr 50 Min. von Neustadt hier eingetroffen und hat beim preussischen Gesandten v. Gienbacher Wohnung genommen.

Lord Morley in Berlin.

Berlin, 15. Mai. Der „F. Z.“ zufolge ist Lord Morley bereits am Sonntag in Berlin eingetroffen und im Hotel „Britol“ abgeblieben, wo er die Pflanztage in aller Stille verbrachte, und hat erklärt, etwa drei bis vier Wochen in Berlin verweilen zu wollen. Danach werde er noch während des Besuchs des englischen Königspaars in Berlin anwesend sein.

Der obersteleische Bergarbeiterstreik.

Keutten, 15. Mai. Gestern fehlten bei der Frühfahrt 11 673, abends 3380, heute früh 5093 Mann.

Nach dem Kriege.

Wien, 15. Mai. Der Ausnahmestand in Bosnien und der Herzegowina ist heute aufgehoben worden, da durch die Lebergabe Statutis an

das internationale Detachement die Gefahr eines Konfliktes beseitigt durch die Montenegro in Bosnien und der Herzegowina, als dem Nachbarlande der mutmaßlichen militärischen Ereignisse, am 8. Mai der Ausnahmestand verhängt worden war.

Eröffnung des österreichischen Abgeordnetenhauses.

Wien, 15. Mai. Das Abgeordnetenhause hat heute die Arbeiten wieder aufgenommen. Der Präsident widmete dem König Georg von Griechenland einen warmen K a n a r u. Verschiedene Parteien brachten Interpellationen an die Regierung ein, in denen im Zusammenhang mit der äußeren Lage die Entlassung der Ministerien verlangt wurde. Der Präsident hat das Untergerade des Abgeordnetenhauses „S. 178“ ausgesprochene Teilnahme bekennt.

Großfeuer.

Lübeck, 15. Mai. In dem Warenhaus von Adolf Karstadt brach in der vergangenen Nacht ein Großfeuer aus. Der Schaden ist sehr groß.

Mord.

Tilfit, 15. Mai. Die Wirtin Frau W i c h m u s, eine frühere Kellnerin, erlief den 35jährigen Rentier T u m m i c h t in dessen Wohnung. Sie verurtheilte, aus dessen Ehefrau zu töten, wurde aber daran gehindert. Die Wirtin wurde verhaftet. Der Beweggrund ist wahrscheinlich F a m i l i e n e i.

Kurorte und Reisen.

Das Quell-Emanatorium zu Zeiln-Schönewald, welches vor zwei Jahren als ein bedeutendes Kurort überbaut worden ist, hat eine reichliche Ausbeutung erfahren. Ueber 200000 von Welt-Regierungsrat Prof. Dr. Rathward und Dr. R. L. Kollrausch (Berlin) wurde ein neues Verfahren zur Gewinnung von natürlicher Radium-Emanation aus der Quelle eingeführt und die frühere maßlose Abnahme wesentlich abgemindert. Das Zeilner Quell-Emanatorium ist nunmehr die nützlichste Kurort dieser Art. Die reichliche Ausbeutung hat sich auf diesen Verbesserungen, die bedeutende Kosten in Anspruch nahmen, umso berechtigt verhalten, als tatsächlich vorzügliche Heilergebnisse bei Gütern im Quell-Emanatorium erzielt wurden. Für die Behandlung von Rheumatismus und Nephrosen ist Zeiln die von Prof. Kollrausch (Frankfurt) eingeführte Quell-Emanation (sogen. „frankfurter“) die neben den Bädern ganz hervorragende Erfolge aufweisen.

Saben-Saben. Die Frequenz der zur Kur hier aufhaltenden Fremden erreichte am 13. Mai die Zahl 17 691. Witterung Temperatur 19 Grad Celsius. Wetterverhältnisse: an den beiden Tagen.

Sab Rudow. Bis zum 8. Mai betrug die Zahl der Kurgäste 384 und die der Erholungs- und Durchreisenden 180.

Bank für Handel und Industrie

Filliale Halle a. S. Alte Promenade 3, gegenüber d. Stadttheater.

Aktienkapital und Reserven: 192 Millionen Mark.

Kursnotierungen der Berliner Börse vom 15. Mai, 2 Uhr nachmittags.

Der ausführliche Kurszettel erscheint in der Früh-Ausgabe.

Table with columns: Wechsel-Kurse, Deutsche Anleihen, Eisenbahn-Aktien, Industrie-Papiere, Eisenbahn-Obligationen, Eisenbahn-Prämien, Pfandbriefe, Ausländische Staatspapiere, Bank-Aktionen.

Table with columns: Aktien-Kurse, Eisenbahn-Aktien, Industrie-Papiere, Eisenbahn-Obligationen, Eisenbahn-Prämien, Pfandbriefe, Ausländische Staatspapiere, Bank-Aktionen.

Table with columns: Schlüssels-Kurse, Karlsruher Börse vom 15. Mai, Aktien, Kursnotierungen v. 15. Mai, Aktien.

Bankhaus Paul Schausenl & Co., Halle a. S., Bitterfeld, Delitzsch, Eilenburg. An- und Verkauf von Wertpapieren, Einlösung von Coupons, Verzinsung von Geldmarken, Conto-Corrent- u. Wechsel-Verkehr etc.









